

# Neuer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Korbleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Korbleben.  
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Korbleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparisse Hedra — Bankverein Aetern.

№ 74

Sonnabend, den 17. September 1927

40. Jahrgang

## Sachliche Arbeit.

Durch einen Beschluß seines Ausschusses ist die Zwischentagung des Reichstages hinausgeschoben worden. Ursprünglich sollte der Reichstag nämlich schon am Ende September zu einer kurzen Tagung zusammenkommen, um die dringlichsten Gesetzesentwürfe, also die über das Reichsstaatsbudget, die Beamtenbesoldungsreform und die Entscheidung über die Liquidationsangelegenheiten, zu beschließen. Besonders der erste Entwurf mit seinen mannigfachen Schwierigkeiten — steht doch allein schon die Frage sehr weit im Vordergrund, ob er verfassungsmäßig ist oder nicht — hat wohl die Verschiebung bedingt, indem die Einbringung des Reichstages noch weiter hinausgeschoben wurde. Namentlich die preussische Regierung will bei der bevorstehenden Beratung des Entwurfs im Reichstag sehr erhebliche Bedenken gegen ihn geltend machen, ist aber mit der Ausarbeitung der Gegenentwürfe und Abänderungsanträge bisher noch nicht fertig geworden, so daß die Vertagung des Reichstagesbeginnes durch den Ausschuss beschlossen werden mußte.

Trotz alledem wird es sich bei der voraussichtlich am 17. Oktober beginnenden Tagung des Reichstages nur um eine kurze Sitzungzeit handeln, da wohl damit zu rechnen ist, daß bis dahin die Klippen, die die Entscheidung des Reichstages bedrohen, umschiffbar worden sind, obwohl neben Fragen auch noch andere Länder Einwürfe gegen den Reichsstaatsbudgetentwurf erhoben haben. Auch die Vorlage über die Reform der Beamtenbesoldung wird wohl nur eine kurze Beratungzeit in Anspruch nehmen, da eine Kritik gerade erst in einigen Hauptpunkten laut geworden ist. Alle Parteien waren sich zu dem einig, daß der Beamtenbesoldungsentwurf nicht das Beste sei, was dem Entwurf etwa noch anhaften sollte, daß befristet sein dürfte. Maßgebend wird in der Kommission der Reichstages Ausschuss sein, der am 17. Oktober über die Gegenkonferenz abzuurteilen; aber er kann wohl kaum damit rechnen, daß die Entscheidung in Genuß der Verhandlungen, nach denen der Reichstag noch immer zu arbeiten beabsichtigt, im deutschen Volk allzu großes Interesse erwecken werden.

Die Zwischentagung des Reichstages wird lediglich unter dem Gesichtspunkt sachlicher Arbeit gestellt werden und — es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen in diesem Jahre die Entscheidung bei den Parteien erleichtert werden, weil nicht ein Urteil gefällt werden wird über Wünsche, Hoffnungen und Bestrebungen, die ja in Wirklichkeit so außerordentlich wichtig sind, sondern lediglich über das, was geleistet oder was verbleibt ist.

Es ist in Aussicht genommen, nach der kurzen Zwischentagung den Ausschuss bis zum 21. November zu verlagern. In der Zwischenzeit soll den Ausschüssen Gelegenheit zur Vorarbeit über wichtige andere Gesetzesentwürfe, vor allem über das Steuervereinfachungsgesetz, gegeben werden, vorausgesetzt, daß es nicht wieder anders kommt.

## Beratung über die Beamtenbesoldung.

Das Reichskabinett ist am Donnerstag zu einer neuen Beratung über die Besoldungsreform zusammengetreten. Bei der Beratung nahmen teil der Reichspräsident Dr. Stresemann und Dr. Curtius und der deutsche Reichsminister Dr. Koch. Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Maschoff nahm an der Beratung des Reichskabinetts teil, weil die Verhandlungen des Ausschusses über die Besoldungsreform ergeben haben, daß nach einer Reihe von Einzelfragen durch Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern geklärt werden müsse, ehe die Besoldungsreform abschließend vom Kabinett genehmigt werden kann. Man verriet vor allem über die Form und den Umfang der Kürzungen, die an den Gehältern der lebigen Beamten vorgenommen werden sollen. Insbesondere erörterte man dabei die Frage, ob diese Kürzungen bei dem Ortszuschlag oder bei dem Grundbesitz um 10 Prozent durchgeführt werden sollen. Das Reichskabinett beschäftigte sich ferner mit der praktischen Durchführung der Beamtengehälterreform. Die Reichsregierung will, daß vom 1. Oktober an Vorauszahlungen auf die neue Gehälterordnung bei der ganzen deutschen Beamtenchaft durchgeführt werden sollen.

## Niederlage Belgiens in Genf.

Sein Ausscheiden aus dem Rat.

Die Wählerbundesversammlung am Donnerstag, die sich mit der Wiederwahl Belgiens in den Wählerbund beschäftigte, endete mit einer Entscheidung, daß sich zur Wahl für den Wählerbund wieder gestellt hatte, wurde nicht wiedergewählt, da es von 48 abgegebenen Stimmen nur 29 auf sich vereinigte, es zu seiner Wiederwahl aber eine Zweidrittelmehrheit von 32 Stimmen notwendig hatte.

Nach Verkündung des Abstimmungsresultates betrat Vandervelde die Tribüne, um eine kurze Erklärung abzugeben, dahin lautend, Belgien habe seine Kandidatur nach Ablauf seiner Wahlperiode auf Wunsch einer Anzahl seiner Wähler, besonders der Sozialisten, aufgestellt. Die Mehrheit hat sich dagegen entschieden, so führte er aus

„Die belgische Delegation ist aber durchaus davon überzeugt, daß das negative Votum auf Grundblättern zurückgeht, die durchaus achtungsvoll sind und nicht mit irgenawelchen unfeigen und bösen Gesinnungen gegen Belgien zu tun haben. Weiter möchte ich erklären, daß dieses Abstimmungsresultat uns in keiner Weise verbittern wird, in der altbewährten, aufrichtigen und entschlossenen Mitarbeit an dem großen Werke des Wählerbundes fortzuführen wie in der Vergangenheit.“ Während dieser Erklärung und nach ihrer Beendigung wurde Vandervelde ein außerordentlich lebhafter Beifall zugeteilt.

In dieser Niederlage Belgiens erblickt man in Wählerbundeskreisen einen neuen Schlag der kleinen Staaten gegen die Großmächte, gegen die ja die Zustimmung auf der letzten Tagung sich schon besonders sichtbar gemacht hat. Die kleinen Staaten wollten mit dieser Abstimmung zeigen, daß sie nicht geneigt seien, sich noch weiterhin den Abmachungen der Großmächte, die ja Belgien zu einer nochmaligen Kandidatur für den Wählerbund ermunterten hatten, ohne weiteres zu beugen. Das Ausschreiben Vanderveldes aus dem Rat wird allerdings auch andererseits vielfach bedauert, da gerade der belgische Außenminister in allererster Linie die Situation oft als erfolgreicher Vermittler aufgetreten ist.

## Rüffel ab!

Den Vortragsreden des Ausschusses wird nach wie vor das größte Interesse der Wählerbundesversammlung entgegengebracht, wovon daraus zu ersehen ist, daß seinen Sitzungen nicht nur vollständig die Ausschussmitglieder, sondern auch die Führer der Abordnungen beiwohnen. In diesem Anblick dringt man in einen Vorschlag ein, der im Grunde dahin geht, die zwangsläufige Schiedsgerichtsbarkeit auf alle denkbaren juristischen wie politischen Streitfälle auszudehnen und damit, wie er sagt, einen neuen Schritt zur Verwirklichung von Einheit und Harmonie zu tun. Der Vorschlag bezweckt die Schiedsgerichtsbarkeit noch in den Staaten des Bündnisses selbst beizubehalten, seinen Vorschlag als einen Versuch zur Zusammenfassung der bisherigen Verhandlungsergebnisse. Er schloß sich im übrigen dem Hauptpunkt des deutschen Reiches Grafen Bernstorff, der vor ihm eine eindrucksvolle Ausführungsrede gehalten hatte, über die unbedingte Forderung zur Nichtsünderänderung und nicht bloß zur Nichtsünderänderung an. Aus den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz zog er wiederholend die erdrückenden Zahlen zu dem jährlichen Aufwandsaufwand — 19 Milliarden Goldfrank, davon 12 Milliarden allein für Europa — den Schluß für die dringende Forderung nach tätiger Inangriffnahme des Disputationsabkommens.

## Danzigs Verfall.

Unter den Punkten der Tagesordnung des Rates am Donnerstag boten die wichtigen Danziger Fragen das Hauptinteresse. Die Hauptfrage war Danzigs Antrag auf Verlegung des polnischen Konsulats nach Potsdam von der Botschaftsplatze nach einem Juristenkomitee übergeben worden, das zunächst lediglich zu prüfen hatte, ob die Aufhebung eines früheren Reichsbeschlusses zulässig ist. In diesem Sinne ist die Entscheidung, und zwar sowohl des Juristenkomitees wie des Rates selbst zu Gunsten von Danzig gefallen. Das Juristenkomitee hat sich jedoch zur Entscheidung darüber nicht für befähigt gehalten, ob ein solcher neuer Tatbestand vorliegt, und der Rat ist ebenfalls heute nicht in die Sachurkundung eingetreten.

Tennow wird Danzigs Hehle anerkannt, daß Reichsbeschlüsse bei Vorliegen neuer Tatsachen unanwendbar sind. Die Entscheidung des Rates ist aber infolgedessen nicht gleichwohl Danzig aus formalistischen Gründen gezwungen wird, ein neues Verfahren vor dem Wählerbundeskomitee in Danzig zu beginnen, statt daß sich der Rat sofort damit befähigt hätte. Dadurch wird eine unermüdete Verzögerung eintreten.

Die Frage der Exterritorialität der Botschaftsplatze und das Klageverbot Danzigs Staatsangehöriger im polnischen Eisenbahnbereich vor Danziger Gerichten, erstere auf Antrag Dr. Stresemanns, wurden vertagt, sollen aber noch im Laufe der jetzigen Session, also vom neuen Rat entschieden werden.

## Richtlinien zu Hindenburgs Geburtstag.

Eine amtliche Erklärung.

Die Vorbereitungen für den Tag, an dem der Reichspräsident auf ein hohes Alter seinen zehnten Geburtstag feiert, sind überall im Gange. Der 2. Oktober soll das ganze Volk vereint finden in der Teilnahme am Gedenktage des Mannes, der an erster Stelle im Reich steht. Den bisherigen zahlreichen Wünschen, wie dieses Ereignis würdig begangen werden soll und vor allen Dingen im Sinne des Gedenktages, was er ja durch seine eigenen Worte mehrfach klar umrissen hat, reißt sich eine Fülle von Entwürfen von den Berliner Reichsbehörden ausgehende Erklärung folgenden Wortlauts an.

Wie den zuständigen Stellen bekannt geworden ist, sind vielfach Zweifel darüber aufgetaucht, in welcher Weise der 80. Geburtstag des Reichspräsidenten würdig gefeiert werden kann. Aber diese Frage hat das Reichskabinettsamt des Innern bereits vor einiger Zeit einmütig entschieden. Die Angelegenheiten sind, nach dem Wunsche des Reichspräsidenten ent-

spricht, von besonderer Feiern aus diesem Anlasse abzugeben. Die Reichsregierung würde daher weder in Berlin noch in sonstigen Orten Deutschlands amtliche Feiern veranstalten und bittet die Landesregierungen gleichfalls, auf solche Feiern zu verzichten. Dem Geist der Feiern solle die Hindenburg-Gedächtnisfeier dienen.

Zu erfüllen hat die Reichsregierung in dem Bundesrat die Landesregierungen vorgeschlagen, folgendes zu veranstalten: In der Stadt Hedra soll ein Gedenkgebäude des Landes und der Endgemeinden, 2. Veranstaltung schließt die Hedra-Tagung am Sonnabend, den 1. oder am Montag, den 3. Oktober, Ausfallen des Schulunterrichts im Anschluß an diese Feiern, 3. Festsitzung mit den Kirchenbehörden, damit am 2. Oktober 1927 des Geburtstages in den Kirchenbezirken gefeiert werden kann. Die Festlichkeiten bei der bevorstehenden Feier werden sich eine Vereinfachung der Hindenburg-Gedächtnisfeier, in der die von der Stadt Hedra am 1. Oktober in beschlossener Weise sündliche Hedra-Tagung zu Studien- und Abendveranstaltungen besprochen wird. Eine solche Sitzung ist zweifellos nur zu begrüßen. Nicht zu begrüßen ist es jedoch, daß sich die Stadt Hedra für ein Nummer von der allgemeinen Hedra-Tagung ausschließen will. In Hedra ist ein Komitee man dies damit, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die Errichtung eines neuen, von Berlin als zentral verwalteten Gedenkgebäudes für Hedra zweifellos nicht als zweckmäßig erscheinen lassen und daß man dafür einen größeren Bedürfnissen entsprechende Einrichtung schaffen sollte. An Wirksamkeit handele es sich bei der Hedra-Tagung um eine von ganzem deutschen Volke dargebrachte Ehrengabe für den Reichspräsidenten zur Verwendung für Kriegsgeldbesoldung und Kriegshilfsleistungen. Die Hedra-Tagung der Hedra-Tagung bedarf deshalb alle hiesigen Körperschaften, sich durch das Komitee der Stadt Hedra am 1. Oktober nicht zu lassen, sondern vielmehr bald beizutragen, daß ein gutes Ergebnis der Hedra-Tagung erzielt werde.

## Die Auswirkung der höheren Postgebühren.

Sitzung des Verwaltungsrats der Postanstalt. Der Verwaltungsrat der Postanstalt ist unter dem Vorsitz des Reichspostministers Dr. Schöppe zu einer Sitzung zusammengetreten. Zunächst hat der Minister eine Übersicht über die Auswirkung der letzten Gebührenerhöhung. Er stellte dabei fest, daß die Gebührenerhöhung dadurch nicht eingetretet ist. Die Gebühren sind in der veranschlagten Höhe eingegangen. Hierbei genehmigte der Verwaltungsrat die Richtlinien für den Sparmaßnahmen, der, wie bei den anderen Maßnahmen, namentlich auch die Geschäftsverteilung der Postanstaltverwaltung nach der Art der Erhebung. Die Richtlinien schloßen sich an die vom Reichspräsident aufgestellten Richtlinien an. Sodann wurden noch geringfügige Änderungen der Postgesetzgebung und der Satzungen der Verordnungsamt für Postbeamte beschlossen.

Aber die finanzielle Wirkung der Postgebührenerhöhung führte der Postminister im einzelnen aus. Da zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Gebührenerhöhung werden durch die bevorstehenden Mehrausgaben, namentlich auch für die Beamtenbesoldungsreform, größtenteils aufgewogen werden. In der Finanzlage der Deutschen Reichspost nach der Gebührenerhöhung sehr ernst bleiben wird. Gegenüber dem bei der Beratung der Gebührenerhöhung festgestellten Bedarf bleibt nach wie vor eine große ungedeckte Summe bestehen. Daher ist eine Mittelhilfe in dem vorgeschlagenen Betrag von 17 Millionen Mark erforderlich. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um in der nächsten Zeit durchzuführen, wenn die Voraussetzungen des Reichspostfinanzgesetzes aufrechterhalten werden sollen, daß nämlich die Deutsche Reichspost unabhängig vom übrigen Reichshaushalt sich selbst decken und ihre Ausgaben durch eigene Einnahmen decken sollte. Die Befürchtung, daß die Gebührenerhöhung einen außerordentlichen Verfall der Postverwaltungen herbeiführen werde, hat sich nicht bewahrheitet. Auch kann mit Genehmigung festgestellt werden, daß die abstrahlen Voraussetzungen einer Inflation sich nicht verwirklicht haben.

## Zur Verwaltungs- und Steuerreform.

Großhandelsratung in Hannover.

Unter überaus zahlreicher Beteiligung begannen in Hannover die Beratungen des Großhandelsrates. Aber die historische Arbeiten auf dem Gebiete der Verwaltungsreform berichtete Delegationsmitglied Dr. Ademeß und zeigte, welche Reformen im Wege der jetzt bestehenden Verfassung vorgenommen werden könnten. Die Ansichten für eine Verfassungsreform seien nicht so ungenügend, wie allgemein angenommen werden. Einmal werde die Finanzlage von Reich und Ländern sehr bald zu einer solchen Reform zwingen. Auch der Druck des Reparationsagenten werde das Problem fördern. Reichsstaatsminister Otto Meißner, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, erläuterte sodann den Bericht über die aktuellen Steuerfragen unter besonderer Berücksichtigung des vorliegenden Gesetzesentwurfes über die Vereinfachung des Steuerrechts. Wenn schon der ursprüngliche im Reichsfinanzministerium angeordnete Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes die Hoffnungen, die sich an die in dem Finanzausgleichsgesetz vorgesehene Reichsstaatsreformregelung der Gewerbesteuer und Grundsteuer und Verzögerung der Hauszinssteuer anknüpfen, die weitest nicht erfüllt, so hat der jetzt nach den Verhandlungen mit den Ländern ersichtliche







# Nebrner Nachrichten

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erkheint wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabends mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtpostkassa — Bankverein Koblentz.

Nr. 74

Sonnabend, den 17. September 1927

40. Jahrgang

## Sachliche Arbeit.

Durch einen Beschluß seines Ministerrates ist die Ausschussung des Reichstages hinwiegend worden. Ursprünglich sollte der Reichstag nämlich schon gegen Ende September zu einer kurzen Tagung zusammenzutreten, um die dringlichsten Gesetzesentwürfe, also die über das Reichsschulgesetz, die Beamtenbefolgungsreform und die Entschädigung der Liquidationsgeschädigten, zu beschließen. Besonders der Beschluß über die Beamtenbefolgungsreform ist sehr wichtig, da die Frage sehr weit im Vordergrund, ob verfassungsmäßig ist oder nicht — hat wohl die Veranlassung dafür gegeben, daß die Einberufung des Reichstages noch weiter hinausgeschoben wurde. Namentlich die preussische Regierung will bei der bevorstehenden Beratung des Entwurfs im Reichsrat für erhebliche Änderungen im Sinne der Beamtenbefolgungsreform, die aber mit der Ausarbeitung der Gegenentwürfe und Änderungsanträge bisher noch nicht fertig geworden, so daß die Beratung des Reichstagesbeginns durch den Minister rat beschlossen werden mußte.

Trotz alledem wird es sich bei der voraussichtlich am 27. Oktober beginnenden Tagung des Reichstages nur um eine kurze Sitzungsdauer handeln, da wohl damit zu rechnen ist, daß bis dahin die Klappen, die die Erhebung des Reichsschulgesetzes betreffen, umschifft worden sind, obwohl noch Brezken auch noch andere Einwendungen gegen den Reichsschulgesetzentwurf erhoben haben. Auch die Vorlage über die Reform der Beamtenbefolgung wird wohl nur eine kurze Beratung im Reichsrat zur Sprache nehmen, da eine Kritik gegen sie nur in einigen Nebenpunkten laut geworden ist. Alle Parteien waren sich zu dem einig, daß den Beamten Gehälter werden muß, so daß Inhaberstellen, die dem Entwurf etwa noch anhaften sollten, bald beseitigt sein dürften. Möglicherweise wird in der kommenden Zusammenkunft des Reichstages die Vorlage über die Beamtenbefolgungsreform abzuurteilen, aber es kann wohl kaum damit rechnen, daß die Ereignisse in Genf bei den Verhandlungen über den Völkerverbund noch immer zu arbeiten besteht, im deutschen Volk also großes Interesse erwecken werden.

Die Zwischenabstimmung des Reichstages wird inhaltlich über den Gesichtspunkt sachlicher Arbeit gestellt werden und es ist gut so. Denn dann wird auch im kommenden Jahre die Gesetzgebung bei den Wahlen erleichtert werden, weil nicht ein Urteil gefällt werden wird über Maßstäbe, Forderungen und Berechnungen, die ja in Blättern so außerordentlich billig sind, sondern lediglich über das, was geleistet oder was verschafft ist.

Es ist in die Zukunft genommen, nach der kurzen Zwischenabstimmung des Reichstages bis zum 21. November zu verziehen. In der Zwischenzeit soll den Ausschüssen Gelegenheit zur Vorarbeit über wichtige andere Gesetzesentwürfe, neben denen, vorausgesetzt, daß es nicht wieder anders kommt . . .

## Beratung über die Beamtenbefolgung.

Das Reichskabinett ist am Donnerstag zu einer neuen Beratung über die Beamtenbefolgungsreform zusammengetreten. Bei der Beratung schieden die vormaligen Minister Dr. Stresemann und Dr. Curtius und der deutschnationale Minister Dr. Koch. Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Mischoff nahm an der Beratung des Reichskabinetts teil, weil die Verhandlungen des Preussenkabinetts über die Befolgungsreform ergeben haben, daß nach eine Reihe von Einzelfragen durch Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern geklärt werden mußte, ehe die Befolgungsreform abschließend vom Kabinett genehmigt werden kann. Man beriet vor allem über die Form und den Umfang der Kürzungen, die an den Gehältern der lebenden Beamten vorgenommen werden sollen. Insbesondere erörterte man dabei die Frage, ob diese Kürzungen bei dem Ortszuschuß oder bei dem Grundgehalt um 10 Prozent durchgeführt werden sollen. Das Reichskabinett beschäftigte sich ferner mit der praktischen Durchführung der Beamtenbefolgungsreform. Die Reichsregierung will, daß vom 1. Oktober an Vorauszahlungen auf die neue Gehaltsbestimmung bei der ganzen deutschen Beamtenenschaft durchgeführt werden sollen.

## Niederlage Belgiens in Genf.

Sein Ausschreiben aus dem Rat.  
Die Völkerverbundversammlung am Donnerstag, die sich mit der Wiederwahl Belgiens in den Völkerverbund beschäftigte, endete mit einer Sensation. Belgien, das sich zur Wahl für den Völkerverbund wieder gestellt hatte, wurde nicht wiedergewählt, da es von 21 abwesenden Stimmen nur 29 auf sich vereinen konnte, es zu seiner Wiederwahl aber eine Zweidrittelmehrheit von 32 Stimmen notwendig hatte.

Nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses betrat Vanderveelde die Tribüne, um eine kurze Erklärung abzugeben, dahin lautend, Belgien habe keine Kandidatur nach Ablauf seiner Kandidaturperiode auf Wunsch einer Anzahl anderer, besonders der Völkerverbund, aufgestellt. Die Mehrheit hat sich dagegen entschieden, so führte er aus

„Die belgische Delegation ist aber durchaus davon überzeugt, daß das negative Votum auf Grundbegriffe zurückgeht, die durchaus achtenswert sind und nichts mitzuerkennen unaufrichtigen Gefühls gegen Belgien zu tun haben. Weiter möchte ich erklären, daß dieses Abstimmungsergebnis uns in keiner Weise verbietet, wird, in der aktiven, aufschichtigen und entscheidenden Mitarbeit an dem großen Werke des Völkerverbundes fortzuführen wie in der Vergangenheit.“ Während dieser Erklärung und nach ihrer Beendigung wurde Vanderveelde ein außerordentlich lebhafter Beifall zuteil.

In dieser Niederlage Belgiens erblickt man in Völkerverbündeten einen neuen Schlag der kleinen Staaten gegen die Großmächte, gegen die sie die Zustimmung auf der letzten Tagung sich schon besonders fähig gemacht hat. Die kleinen Staaten wollten mit dieser Abstimmung zeigen, daß sie nicht gewillt seien, sich noch weiterhin den Anmachungen der Großmächte, die ja Belgien zu einer nochmaligen Kandidatur für den Völkerverbund ernannt hatten, ohne weiteres zu beugen. Das Ausbleiben Vanderveeldes aus dem Rat wird allerdings auch andererseits als Beweis angesehen, daß die belgische Kandidatur in allerlei schwierigen Situationen oft als erfolgreicher Vermittler fungieren ist.

## Rüffel ab!

Den Beratungen des Völkerverbündenausschusses wird nach wie vor das größte Interesse der Völkerverbundversammlung entgegengebracht, was schon daraus zu ersehen ist, daß seine Sitzungen nicht nur vollständig besetzt sind, sondern auch die Führer der Abordnungen beizubringen. In diesem Ausschuss brachte man einen Vorschlag ein, der im Grunde dahin geht, die zwangsweise Schiedsgerichtsbarkeit auf alle denkbaren juristischen wie politischen Streitfälle auszudehnen und damit, wie er sagte, einen neuen Schritt zur Verwirklichung von Sicherheit und Weltfrieden zu tun. Der Vorschlag bezweckt die Schlichtung der noch in den Statuten des Völkerverbundes festgelegenen Streitigkeiten. Neben demselben sollen fest bestimmte feiner Vorschlag als einen Versuch zur Zusammenfassung der bisherigen Verhandlungsergebnisse. Er schloß sich im übrigen dem Standpunkt des deutschen Reichers Grafen Bernstorff, unter der Vorbedingung, daß die unbedingte Fortsetzung der Völkerverbundversammlung und nicht bloß zur Mündigkeitserklärung an. Aus den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz zog er unter Wiederabgabe der erdrückenden Zahlen zu dem jährlichen Währungsaufwand — 19 Milliarden Goldfrank, davon 12 Milliarden allein für Europa — den Schluß für die dringende Forderung nach tätiger Quantitätsgabe des Währungsaufbaues.

## Danzigs Wasserplatte.

Unter den Punkten der Tagesordnung des Rates am Donnerstag folgt die wichtige Danziger Frage das Hauptinteresse. Die Sanierungsfrage zu Danzig ist Antrag auf Vertagung des polnischen Währungsaufbaues von der Wasserplatte vor einem Juristenkomitee übergeben worden, das zunächst lediglich zu prüfen hat, ob die Aufhebung eines früheren Ratsbeschlusses zulässig sei. In diesem Sinne ist die Entscheidung, und zwar sowohl des Juristenkomitees wie des Rates selbst zu erwarten von Danzig gefallen. Das Juristenkomitee hat sich jedoch zur Entscheidung darüber nicht für bereit erklärt, ob ein solcher neuer Tatbestand vorliegt, und der Rat ist ebenfalls heute nicht in die Sachvermittlung eingetreten.

Lenow hat Danzigs These anerkannt, daß Ratsbeschlüsse bei Vorliegen neuer Tatsachen nachprüfbar sind, wenn sie nicht durch den Rat selbst geändert werden können. Dieser Bescheid ist dem Völkerverbund dem Rat über eine un-

Wasserplatte und ferner im polnischen Rat, ersterer auf Ansuchen aber noch in dem neuen Rat ein-

## Geburtsstag.

Am dem Reichs- und Reichspräsidenten kann, er soll das ganze Jahr über den Geburtstag des Reiches feiern. Bei diesem Ereignis allen Dingen in eine eigene, Worte in die feierliche, ausgegebene Er-

antgen worden ist, auch, in welcher Präsidenten würdig hat das Reichs- einiger Zeit ein dem Wunsche des Reichspräsidenten ent-

spricht, von besonderen Feiern an diesem Anlasse abzusehen. Die Reichsregierung weicht daher nicht in Berlin noch in sonstigen Orten Deutschlands amtliche Feiern veranstalten und bietet die Landesregierungen gleichfalls, auf solche Feiern zu verzichten. Dem Ernst der Feiern sollte die Hindenburg-Spende dienen.

Zu erfüllen hat die Reichsregierung in dem Bundesrat den Landesregierungen vorgehalten, folgendes zu veranstalten: 1. Beflagung sämtlicher Dienstgebäude des Bundes und der Ländermächte, 2. Veranstaltung scheidender Schulfestern am Sonnabend, den 1. oder am Montag, den 3. Oktober, Ausfällen des Schulunterrichts im Hinblick auf diese Feiern, 3. Fühlungnahme mit den Kirchenverbänden, damit am 2. Oktober 1927 des Gedenktages in den Kirchenbetrieben gebetet wird. Gegen Festhalten der bei bevorstehenden Feiern werden sich eine Vereinfachung der Hindenburg-Spende, in der die von der Stadt Frankfurt a. M. in bestmöglicher Weise städtische Spendenbeiträge zu Studien- und Stipendienzwecken beizubringen. Eine solche Stiftung sei zweifellos nur zu begrüßen. Nicht zu begründen sei es jedoch, daß sich die Stadt Frankfurt a. M. nimmend von der allgemeinen Hindenburg-Spende ausschließen will. In Frankfurt a. M. begründe man dies damit, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die Errichtung eines neuen, von Berlin aus zentral verwalteten Dotationsfonds für Wohlfahrtszwecke nicht als zweckmäßig erscheinen lassen und daß man dafür aus den örtlichen Bedürfnissen entsprechende Einrichtung schaffen wolle. In Wirklichkeit handele es sich bei der Hindenburg-Spende um eine vom ganzen deutschen Volke dargebrachte Ehrengabe für den Reichspräsidenten zur Verwendung für Kriegsgeschädigte und Kriegshinterbliebene. Die Geschäftsstelle der Hindenburg-Spende hätte deshalb alle öffentlichen Behörden, sich durch das Vorgehen der Stadt Frankfurt a. M. nicht beirren zu lassen, sondern vielmehr dazu beitragen, daß ein gutes Ergebnis der Hindenburg-Spende erzielt werde.

## Die Auswirkung der höheren Postgebühren

Sitzung des Verwaltungsrats der Reichspost.  
Der Verwaltungsrat der Reichspost ist unter dem Vorsitz des Reichspostministers Dr. Schädel zu einer Sitzung zusammengetreten. Zunächst gab der Minister eine Erklärung über die Auswirkung der letzten Gebührenerhöhung. Er stellte dabei fest, daß ein Wert von 20 Pfennig dadurch nicht eingetreten ist. Die Gebühren sind in der veranschlagten Höhe eingegangen. Hierauf genehmigte der Verwaltungsrat die Nichtunterstützung der Sparreform, der, wie bei den anderen Gebührenerhöhungen, nimmend auch die Geschäftsführer der Reichspostverwaltung und der Postämter. Diese Richtlinien schloßen sich an die vom Reichskabinett aufgestellten Richtlinien an. Sodann wurden noch geringfügige Änderungen der Postförmordnung und der Satzungen der Vertriebsorganisation für Postbeamte behandelt.

Über die finanzielle Wirkung der Postgebührenerhöhung führte der Postminister im einzelnen aus: Da zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Gebührenerhöhung werden durch die bevorstehenden Mehrausgaben, namentlich auch für die Beamtenbefolgungsreform, größtenteils aufgebraucht werden, so daß die Finanzlage der Deutschen Reichspost nach der Gebührenerhöhung sehr ernst werden wird. Gegenüber dem bei der Gebührenerhöhung der Gebührevorgänge schließlichen Bedarf bleibt nach der Gebührenerhöhung ein außerordentlich großer Defizit. Eine Anleihe in dem vorgeschlagenen Betrag von 174 Millionen Mark erforderlich. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um in der nächsten Zeit durchzuführen, wenn die Voraussetzungen des Reichspostfinanzgesetzes aufrechterhalten werden sollen, daß nämlich die Deutsche Reichspost unabhängig vom übrigen Reichshaushalt sich selbst decken und ihre Ausgaben durch eigene Einnahmen decken soll. Die Befürchtung, daß die Gebührenerhöhung einen außerordentlichen Verfallsfortschritt hervorzurufen werde, hat sich nicht bewahrheitet. Auch kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die zahlreichen Voraussetzungen einer Inflation sich nicht bewahrheitet haben.

## Für Verwaltungs- und Steuerreform.

Großhandelsabstimmung in Hannover.  
Unter überaus zahlreicher Beteiligung begannen in Hannover die Beratungen des Großhandelsrates. Über die bisherige Arbeit auf dem Gebiete der Verwaltungsreform berichtete Oberregierungsrat Dr. Wagemann und zeigte, welche Reformen im Wege der jetzt bestehenden Verfassung vorgenommen werden könnten. Die Ausschüsse für eine Verfassungsreform seien nicht so unglücklich, wie allgemein angenommen werde. Einmal werde die Finanzlage von Reich und Ländern sehr bald zu einer solchen Reform zwingen. Auch der Druck des Reparationsagenten werde das Problem fördern.

Reichstagsabgeordneter Otto Reinath, geschäftsführender Präsidialmitglied des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, erläuterte sodann dem Bericht über die „Allgemein Steuerfragen unter besonderer Berücksichtigung des vorliegenden Gesetzesentwurfes über die Vereinfachung des Steuerrechts“. Wenn schon der ursprüngliche im Reichsfinanzministerium angearbeitete Entwurf eines Steuerereinfachungsgesetzes die Hoffnungen, die sich an die in dem Finanzengesetz vorgesehene Reichsreformumgestaltung der Gewerbe- und Grundsteuer und Neuordnung der Einkommensteuer anzuschließen, hat wollen nicht erfüllt, so hat jetzt nach den Verhandlungen mit den Ländern erzielte